

II- 4144 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 29. APR. 1975

No. 2061/7

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. KEIMEL, Dr. LEITNER, REGENSBURGER, WESTREICHER, DR. LANNER
und Genossen
an den Bundeskanzler
betreffend Investitionsfinanzierung für das Montanwerk Brixlegg

Die Tiroler Tageszeitung vom 26. April 1975 berichtet folgendes:

"Neuer Finanzierungsvorschlag für Brixlegg

Metallwerke sollen bloß ein Drittel aufbringen, Rest auf Gebietskörperschaften

INNSBRUCK (ncr-). Im Ringen um die 110-Millionen-Schilling-Investition für das Montanwerk Brixlegg ist nun seitens der Bundesregierung eine neue Finanzierungsvariante vorgeschlagen worden, nachdem die Vereinigten Metallwerke Ranshofen-Berndorf - das Unternehmen schloß letztes Jahr mit einem Verlust von rund 250 Millionen Schilling - kaum in der Lage sein dürften, die erforderlichen Mittel bereitzustellen.

Nach dem neuen Modus, den Vertreter der Bundesregierung kürzlich mit Landeshauptmann Wallnöfer in Wien erörterten, soll die Gemeinde 30 Millionen Schilling von der Österreichischen Kommunalkredit AG aufnehmen, für die das Land Tirol die Haftung übernehmen soll. 50 Millionen Schilling sollen aus ERP-Mitteln des Bundes bereitgestellt werden, wovon allerdings erst sieben Millionen zugesagt wurden. Für diesen Betrag soll das Land den Zinsendienst übernehmen. Der restliche Betrag soll von den Vereinigten Metallwerken selbst aufgebracht werden.

Bekanntlich war das Montanwerk Brixlegg vor einem Jahr mit dem Metallwerk Ranshofen mit der Begründung fusioniert worden, daß seitens der Vereinigten Metallwerke die Kupferhütte Brixlegg durch eine Großwalzdrahtanlage ausgebaut und modernisiert sowie eine Gießerei eingerichtet werden sollte.

Als diese Investitionen, die neben der Sicherung der be-

-2-

stehenden Arbeitsplätze auch zusätzlich achtzig neue geschaffen hätten, nicht gemacht wurden, legte der Betriebsrat der Montanwerke Protest ein und forderte in einer Resolution die rasche Realisierung der seinerzeitigen Zusagen. Daraufhin intervenierten Vertreter der Landesregierung bei Bundeskanzler Kreisky, der zusicherte, daß das Investitionsprogramm durchgeführt werde.

Eine Stellungnahme der Vereinigten Metallwerke und der Gemeinde Reith konnte gestern nicht eingeholt werden, da zur Zeit die Beteiligten in Ranshofen eine wichtige Sitzung abhalten. Experten halten es aber für merkwürdig, daß das Land und die Gemeinde in die Investitionsfinanzierung der verstaatlichten Industrie eingeschaltet werden sollen."

Den Presseberichten zufolge wird offensichtlich eine wesentliche Zusage - die der Investition nämlich - nun nicht eingehalten, bzw. ein bedenklicher Finanzierungsmodus diskutiert.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundeskanzler folgende

A n f r a g e :

- 1) Wurde anlässlich der Fusionierung der Montanwerke Brixlegg mit den Vereinigten Metallwerken Ranshofen die Zusage des Ausbaues von Brixlegg, insbesonders durch die Errichtung einer Großwalz-drahtanlage gemacht?
- 2) War diese Zusage auch dem Betriebsrat deshalb gemacht worden, um neben der Sicherung der bestehenden Arbeitsplätze auch zusätzlich 80 neue Arbeitsplätze zu schaffen?
- 3) Wurde diese Investition für Brixlegg nun gestrichen oder bis wann zurückgestellt?

-3-

- 4) Erfolgte diese Entscheidung lediglich zufolge Kapital-Mangel des Eigentümers, obwohl die Investition nach wie vor wirtschaftlich und für Brixlegg unerlässlich ist?
- 5) Wenn ja, ist der Eigentümer der verstaatlichten Unternehmen, nämlich der Bund, grundsätzlich für die Kapital-Ausstattung seiner Unternehmen verantwortlich und zuständig oder nicht?
- 6) Da Sie gemäß den Presseberichten dem Land Tirol und der Gemeinde Brixlegg die teilweise Kapital-Aufbringung bzw. -finanzierung nahelegten, ist offensichtlich also die Notwendigkeit der Investition nach wie vor unbestritten. Mit welcher Begründung jedoch sollen unter Hintanstellung von Gemeinde- und Landesaufgaben dann Land und Gemeinde Kapital- und Zinsenzuschüsse für Unternehmen beisteuern, dessen Eigentümer dafür selbst zu sorgen hat und dazu in der Lage ist, wie der Eigentümer Bund?
- 7) Sind Sie der Meinung, daß für die Kapital-Aufbringung für Unternehmen welcher Art immer, die Finanzierung über die Kommunal-Kredit-AG gesetzlich möglich und zweckmäßig ist?
- 8) Werden Sie als Eigentümer-Vertreter auf den Vorstand im Rahmen Ihrer Möglichkeiten einwirken, die dem Werk Brixlegg szt. gemachten Investitions-Zusagen auch einzuhalten?